

BERN

Tatorte 09/1, zum Beispiel:

Neue Verhältnisse im Stadtrat, alles Mitte oder was?

Die Gemeinde- und Stadtratswahlen vom 30. November 2008 brachten einige Überraschungen. Während es beim Gemeinderat lediglich um die Frage Beat Schori (SVP) oder Reto Nause (CVP) ging, wurde der Stadtrat aufgemischt.

► Die etablierten Parteien FDP, SP und SVP verloren massiv zugunsten der „politischen Mitte“. Es stellen sich im Hinblick auf die Legislatur 2009 bis 2012 zwei zentrale Fragen: Wie definiert sich die neue Mitte? und: Was bedeuten die geänderten Verhältnisse im Parlament für die Bevölkerung und die Stadt Bern?

Im Stadtrat politisieren die zwei neuen Fraktionen BDP und GLP. Die von der SVP gesplante BDP drängt von rechts in die Mitte, die in Zürich stark gewordene GLP von der Mitte nach rechts. Dies hat bereits vor der ersten Stadtratssitzung zu einem Streit bezüglich Sitzordnung geführt. Doch die politische Positionierung hängt nicht von der geographischen Sitzordnung im Ratssaal ab. Die Parteien und Fraktionen müssen entscheiden und können nur JA oder NEIN sagen; bei

Abstimmungen gibt es keinen Platz für die Mitte.

Die erst kurzen Erfahrungen erlauben noch kein vollständiges Bild. In der Energie- und Verkehrspolitik zeichnet sich eine klare Unterstützung des bisherigen ökologischen Kurses ab. Eine noch grössere Mehrheit fühlt sich einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet und wird sich weiterhin für eine hohe Lebensqualität in der Stadt Bern einsetzen. Klar ist auch schon jetzt, dass die unter Federführung der SP gestartete Initiative für einen autofreien Bahnhofplatz im neuen Parlament breite Unterstützung findet. Gegenwind dürfte es bei sozialen The-

Die Rechte ist geschwächt, und die SP bleibt eine verlässliche Kraft in der Stadtpolitik

men geben. Eine Mehrheit könnte sich vermehrt für Sparmassnahmen entscheiden, welche vor allem sozial Schwächere treffen. Die Stadtverwal-

tung dürfte vermehrt unter Spardruck kommen, weil eine Mehrheit glaubt, Private machten grundsätzlich alles besser als der Staat. Dass dem nicht so ist, zeigt die aktuelle Finanzkrise deutlich. Die SP wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass nicht fette Boni an Topmanager gezahlt, sondern Menschen unterstützt werden, die es nötig haben.

Zu einem Lichtblick in der neuen Legislatur könnte die Wohnbaupolitik werden. Fast unisono wird anerkannt, dass es rasch mehr Wohnungen in der Stadt Bern braucht. Im Vordergrund stehen attraktive Familienwohnungen, aber auch Wohnungen für gute Steuerzahler und für niedrige Einkommen. So hat sich der neue Stadtrat mit grosser Mehrheit für eine attraktive Wohnsiedlung an der Mutachstrasse und für Abriss und Neubau von Stöckacker Süd ausgesprochen. Auch autofreies Wohnen – z.B. auf dem Viererfeld - bleibt ein Thema. Als Fazit kann festgehalten werden,

dass sich die Mitte nicht klar definieren lässt. Die Rechte ist geschwächt, und die SP bleibt eine verlässliche Kraft in der Stadtpolitik. Sie stellt sich den neuen Herausforderungen und engagiert sich weiterhin für soziale Gerechtigkeit und ökologische Fortschritte.



Michael Aebbersold, Stadtrat SP Bern-Nord
www.sp-bern-nord.ch